

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

A/HaFA (Stadt)

6. Sitzung

04.12.15

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Stadt)**

6. Sitzung

am 4. Dezember 2015

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend: Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)  
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Dehne (SPD)  
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender  
Abg. Herr Gottschalk (SPD)  
Abg. Herr Güngör (SPD)  
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)  
Abg. Herr Hinners (CDU)  
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)  
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)  
Abg. Frau Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Schmidt (SPD)  
Abg. Frau Tichel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Bürgermeisterin Linnert	)	Senatorin für Finanzen
Frau Holsten	)	
Herr Dr. Sommer	)	von der Senatskanzlei
Staatsrat Lühr	)	
Frau Bleiker	)	
Herr Fehren	)	
Herr Hammer	)	
Herr Kratky	)	
Herr Klusewitz	)	
Herr Meyer	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki	)	
Herr Schneider	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Herr Biehle	)	
Herr Kahn	)	von der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport
Frau Grewe-Wacker	)	
Herr Wiebe	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Wittgreffe	)	
Frau Odenkirchen	)	
Herr Schittkowski	)	vom Senator für Inneres
Herr Rosga	)	
Herr Koldehofe	)	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Kahrs-Mink	)	
Herr Kück	)	von Radio Bremen
Herr Radtke	)	
Herr Winsemann	)	vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Segelken	)	von der ALFA-Gruppe-Bremen
Herr Löffler	)	von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.40 Uhr.

## Öffentlicher Teil

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, den Tagesordnungspunkt II. 1.2 auszusetzen.

### I. Protokoll

#### 1. Protokoll der 4. Sitzung vom 20. November 2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird für die heutige Sitzung ausgesetzt.

#### 2. Protokoll der 5. (Sonder-) Sitzung vom 26. November 2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird für die heutige Sitzung ausgesetzt.

### II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

#### 1. Überweisungen aus dem Plenum

##### 1.1 Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2015 mit den Ergänzungen des Senats gemäß § 32 LHO

- Vorlage Drs. 19/49 S, liegt bereits vor -
- Vorlage Drs. 19/63 S -

##### a) Beratung der Produktpläne 41 Jugend und Soziales; 68 Umwelt, Bau und Verkehr und 93 Zentrale Finanzen

##### aa) Änderungsanträge der Fraktionen

- Keine Vorlagen -

##### bb) Beschluss über die Produktpläne 41 Jugend und Soziales; 68 Umwelt, Bau und Verkehr und 93 Zentrale Finanzen und die Nachtragshaushaltspläne für das Haushaltsjahr 2015

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP dem Nachtrag zum Produktgruppenhaushalt 2015 (Produktpläne 41 Jugend und Soziales; 68 Umwelt, Bau und Verkehr und 93 Zentrale Finanzen) und den Nachtragshaushaltsplänen für das Haushaltsjahr 2015 zu.

**b) Beratung über das 2. Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2015**

**aa) Änderungsanträge zu dem Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015**

- Keine Vorlagen -

**bb) Beschluss über das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015, Drs. 19/ 49 S (in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP, der Bürgerschaft zu empfehlen, dem 2. Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015, Drs. 19/49 S, in 2. Lesung zuzustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Ausschussreferenten, einen Berichtentwurf an die Bürgerschaft zu erstellen und diesen im Umlaufverfahren einer Beschlussfassung durch den Ausschuss zuzuführen.

**1.2 Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe  
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU  
- Vorlage Drs. 19/51S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung aus.

## **2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss**

**2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse  
- Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. September 2015 -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung aus.

## **3. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

### III. Initiativen des Senats

#### 1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen-

#### 2. (Controlling-) Berichte

2.1. Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

#### 2.2 Entwicklung der Sozialleistungen 2006-2015

hier: **Berichtsbitte Nr. 41 der Auftragsliste**

**(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)**

**- Vorlage 19/74 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Übersicht über die Entwicklungen der Sozialleistungen in der Fassung der Ergänzung zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 41 der Auftragsliste als erledigt an.

#### 2.3 City Center Bremen – Finanzielle Auswirkungen auf die Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH

**Bericht über die finanziellen Auswirkungen für das Projekt durch das Scheitern des Ausschreibungsverfahrens für ein City-Center auf der Grundlage des aktuellen Wirtschaftsplans**

hier: **Berichtsbitte Nr. 12.2 der Auftragsliste**

**- Vorlage 19/75 S -**

**Abg. Eckhoff** fragt, ob es in Anbetracht der aktuellen Entwicklung beim City Center Bremen auch unter Beachtung steuerlicher Gesichtspunkte noch möglich sei, die Immobilie im Umlaufvermögen zu halten oder ob diese nicht vielmehr dem Anlagevermögen zuzuführen sei.

**Frau Grewe-Wacker** antwortet, die Zuordnung der Immobilie zum Umlaufvermögen beruhe zunächst auf dem Umstand, dass diese Immobilie im Rahmen des Projektes City Center Bremen veräußert werden sollte. Eine entsprechende Veräußerungsabsicht im Rahmen der weiteren Entwicklung der Immobilie bestehe auch noch heute, sodass aus Sicht des Wirtschaftsressorts, das in dieser

Angelegenheit durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG beraten worden sei, Zweifel an einer entsprechenden Zuordnung zum Umlaufvermögen nicht bestehen.

**Abg. Eckhoff** bittet zur nächsten regulären Sitzung um einen Bericht des Wirtschafts- und Finanzressorts zu der Fragestellung, ob diese Immobilie in Anbetracht einer fehlenden kurzfristigen Veräußerungsmöglichkeit auch aus steuerlichen Gesichtspunkten noch dem Umlaufvermögen und nicht dem Anlagevermögen zugeordnet werden könne.

**Abg. Dr. vom Bruch** bittet zusätzlich darum in diesem Bericht mitzuteilen, wann der Mietvertrag mit dem bisherigen Hauptmieter endet und auf welcher haushaltsrechtlichen Grundlage der Hauptmieter einen neuen Mietvertrag abgeschlossen habe.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Buhlert erklärt **Frau Grewe Wacker**, dass der Ansatz für die betrieblichen Aufwendungen für die Jahre 2016/2017 nach bisheriger Schätzung auskömmlich sei. Der im Jahre 2015 für diese Aufwendungen entstandene höhere Ansatz beruhe im Wesentlichen auf hohen Beratungskosten, deren Anfall in den Folgejahren nicht mehr zu erwarten sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis und schließt sich unter Fortschreibung der laufenden Ziffer 12.2 der Auftragsliste, den Berichtsbitten der Abgeordneten Eckhoff und Dr. vom Bruch an.

#### **2.4 Bundesförderprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur Bewerbung mit dem Westbad - Vorlage 19/76 S –**

**Abg. Frau Dr. Schierenbeck** erklärt, sie gehe davon aus, dass das Ergebnis der, durch diese Vorlage notwendig werdenden Überarbeitung des Bäderkonzeptes, auch dem Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

#### **4. Vollzug der Haushalte Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**

4.1. Die Finanzverwaltung hat diesen Tagesordnungspunkt zurückgezogen.

#### **4.5 Hochwasserschutz Weser-Stadion hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung - Vorlage 19/85 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig dem Projekt Hochwasserschutz Weser- Stadion zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.462.000 € (mit einer Abdeckung in 2016 i.H.v. 1.172.000 € und 2017 i.H.v. 1.290.000 €) bei der Haushaltsstelle 3754/891 20-2 „Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen“ zu.

#### **5. Personalhaushalt/Stellenplan**

##### **5.1 Produktgruppen 92.03.01 und 07.01.01 Nachbewilligung aus den Mitteln des 3. Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen anlässlich Überbrückungsmaßnahmen bei der Polizei Bremen (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/86 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig der Budgetverlagerung gemäß dem beiliegenden Nachbewilligungsantrag des Senators für Inneres in Höhe von insgesamt 216.666 Euro aus den Mitteln des Dritten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus dem Produktplan 92 (Allgemeine Finanzen) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senator für Inneres sowie die Senatorin für Finanzen, um die haushaltstechnische Umsetzung.

**5.2 Bericht über eine aktualisierte Prognose für Versorgungsausgaben und die Überprüfung der langfristigen Zielsetzungen der Versorgungsvorsorge hier: Berichtsbitte aus der RPA Sitzung vom 17. April 2015 (RH Land 2014 Tz. 389 bis 418)  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt 5.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
- Vorlage 19/87 S –**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die aktualisierte Versorgungsprognose zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) leitet den Bericht der Senatorin für Finanzen an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss weiter. Er sieht seine Berichtsbitte zur laufenden Nummer 28 der Auftragsliste als erledigt an und bittet die Senatorin für Finanzen zu den Haushaltsberatungen 2016/2017 eine Strategie zur Verwendung der Versorgungsvorsorgemittel (Versorgungsrücklage und Anstalt für Versorgungsvorsorge) vorzulegen.

**6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

**6.1 Sanierung der Neuen Oberschule Gröpelingen  
Darstellung der Änderung der Aufgabenstellung und Mehrkosten in Höhe von 414 Tsd. €  
- Vorlage 19/81 S –**

**Abg. Liess** fragt, inwieweit sich die in der Vorlage angegebenen Gesamtmehrkosten von rund 1,6 Mio. € auf die einzelnen Kostensteigerungsgründe (Brandschutzanforderungen, Anforderung an die Barrierefreiheit des Gebäudes, notwendige Vorabmaßnahmen durch Planungsverzögerung aufgrund von Umplanungen, zusätzliche Schadstoffe und Honoraranpassung durch die Anpassung an die HOAI 2013) verteilen.

**Herr Trottnow** erklärt, er werde diese Fragestellung in schriftlicher Form als Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder



der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der FDP und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Finanzierung der Mehrkosten bei der Sanierung der Neuen Oberschule Gröpelingen in Höhe von 414 T € und dem Verzicht auf die energetische Gesamtsanierung zu.

#### **7. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

#### **IV. Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

(Schluss des öffentlichen Teils um 15.54 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff  
Ausschussvorsitzender